

ZWISCHEN DEN ZEILEN DES SCHRÖDER/BLAIR-PAPIERS

von Rainer Wimmer

Das sog. Schröder/Blair-Papier, das im Juni dieses Jahres von den beiden Politikern vorgestellt wurde und das den Sozialdemokraten in Europa eine neue politische Richtung weisen soll, wird zur Zeit in der Presse, im Rundfunk und im Fernsehen heftig diskutiert. Experten, Politiker, politische Kommentatoren greifen in die Diskussion ein. Es scheint um einen grundsätzlichen und brisanten politischen Richtungsstreit zu gehen. Diskussionen und Debatten anzuregen ist erklärtes Ziel der Initiatoren (hinter den Politikern stehen natürlich andere Autoren). Die Initiatoren wollen – so steht es in dem Papier – »ein Netzwerk von Fachleuten, Vor-Denkern, politischen Foren und Diskussionsrunden einrichten«. Adressaten sind zuallererst die Fachleute und »Vordenker«, dann aber auch andere und vielleicht sogar alle interessierten Bürgerinnen und Bürger, oder? Immerhin wurden die wichtigsten Teile des Papiers in der Tagespresse abgedruckt, und der vollständige Text des Papiers ist über das Internet zugänglich¹. Soll ein möglichst breiter Kreis von Adressaten in die Diskussion um die Richtung der Sozialdemokratie in Europa einbezogen werden? Zweifel an einer solchen Absicht können einem kommen, wenn man die Machart und insbesondere die Sprache des Papiers genauer anschaut. Was ist, wenn ganz normale Leute, die die deutsche Standard-

sprache beherrschen, das Papier lesen? Was passiert, wenn ganz normale Bürgerinnen und Bürger – gleich welcher politischen Richtung sie zuneigen – den Text genauer betrachten? Was können bzw. müssen sie zwischen den Zeilen lesen wollen?

»Markenzeichen« – so steht es im zweiten Absatz des Papiers – für die neue Programmatik der Sozialdemokraten ist die »Neue Mitte« in Deutschland, der »Dritte Weg« im Vereinigten Königreich. Aber es wird gleich hinzugefügt: »Andere Sozialdemokraten wählen andere Begriffe, die zu ihrer eigenen politischen Kultur passen. Mögen Sprache und Institutionen sich unterscheiden: Die Motivation ist die gleiche. Die meisten Menschen teilen ihre Weltsicht längst nicht mehr nach dem Dogma von Links und Rechts ein. Die Sozialdemokraten müssen die Sprache dieser Menschen sprechen.« Jetzt verstehen wir schon etwas von dem, was mit den »Markenzeichen« gemeint sein könnte, nämlich weder »rechts« noch »links«. »Neue Mitte« bedeutet so etwas wie die Aufhebung des Gegensatzes zwischen links und rechts in der Politik. Die Ausdrücke »links« und »rechts« sollen nicht mehr gebraucht werden, weil das nicht mehr der Sprache und damit der Weltsicht

der meisten Menschen entspricht. Man muss das aber mit einiger Vorsicht konstatieren. Denn die Autoren verwenden die Ausdrücke »links« und »Linke« später selbst noch, z.B. in der Kapitelüberschrift: »Eine neue angebotsorientierte Agenda für die Linke«. Die zitierte Passage macht immerhin deutlich, dass sich die Autoren über die Sprache und Begrifflichkeit Gedanken gemacht haben. Schauen wir also auf den Sprachgebrauch.

Die Leser von politischen Programmtexten haben sich längst daran gewöhnen müssen, dass wichtige Aussagen nicht offen und explizit in verbalen Ausdrücken und Prädikaten gemacht werden, sondern in substantivischen, nominalen Ausdrücken versteckt werden. In dem Papier heißt es: »Anpassungsfähigkeit und Flexibilität stehen in der wissenschaftsgetriebenen Dienstleistungsgesellschaft in Zukunft immer höher im Kurs«. Hier wird nicht verbal und explizit gesagt, wer sich woran in Zukunft anpassen muss und wer im Hinblick auf was flexibel sein soll. Vielmehr werden die nominalen Schlagwörter »Anpassungsfähigkeit« und »Flexibilität« mit dem vagen Prädikatsausdruck »stehen immer höher im Kurs« verknüpft. Wenn ein Leser nach den notwendigen Ergänzungen sucht und fragt: »Wer?«, »Woran?«, »Wie?«, »Im Hinblick auf was?«, dann muss er in dem Papier intensiv suchen. Und wenn er Glück hat, stößt er auf andere nominale Ausdrücke wie »Produkt-, Kapital- und Arbeitsmärkte« oder »Globalisierung«, womit die Deutungsarbeit natürlich noch nicht am Ende sein kann.

In solchen Texten, die voll von modischen Schlagwörtern und von inhaltsleeren Verben sind, muss man in seinen Verstehensbemühungen von Substantivgruppe zu Substantivgruppe wie von einer Insel zur anderen springen, wobei man auf den Inseln dann auch noch keinen sicheren Boden unter den Füßen hat. Man ist geradezu gezwungen, zwischen den Zeilen zu lesen. Was sollen wir unter der »wissenschaftsgetriebenen Dienstleistungsgesellschaft« verstehen? »Dienstleistungen«? Ja, gut: In der Gesellschaft werden weniger materielle Produkte hergestellt und verkauft, vielmehr werden zunehmend Dienste (wie Nachrichtenübermittlung) angeboten. Aber »wissenschaftsgetrieben«? Ist hier der Alltagssprachgebrauch von »etwas wissen« gemeint? Du weißt etwas; ich weiß weniger usw.? Muss man nicht bei allen Leistungen, die in einer Gesellschaft erbracht werden, sehr vieles wissen? War das nicht immer so? Und nicht erst in der so genannten Dienstleistungsgesellschaft? Da heißt es in dem Papier: »Unsere Volkswirtschaften befinden sich im Übergang von der industriellen Produktion zur wissenschaftsorientierten Dienstleistungsgesellschaft.« Was soll hier eigentlich unter »Wissen« verstanden werden? Man kommt dem Gemeinten wahrscheinlich

näher, wenn man an Computer denkt: Im Reden über die sog. neuen Technologien ist es heute üblich geworden, von Wissensspeichern und Wissensübertragung zu sprechen. Gemeint sind dabei das Speichern von Daten und die Übertragung von Daten. Also meinen die Autoren des Schröder/Blair-Papiers wohl eine Dienstleistungsgesellschaft, in der die neuen Technologien eine wichtige Rolle spielen. Warum sagen die Autoren das nicht? Weil »Wissen« ein positiv besetztes Hochwertwort in unserer

Gesellschaft ist, auch für die einzelnen Individuen. Politisches Reden möchte positive Einstellungen und Haltungen auslösen und nimmt dafür in Kauf, sich vom normalen Sprachgebrauch zu entfernen.

Der Text lebt – oder besser: zehrt – von den nominalen Ausdrücken, die in ihrer schlagwortartigen Zusammenstellung eine unmittelbare Plausibilität haben sollen, bei genauerem Hinsehen die Interpretationsmöglichkeiten der Leser/innen aber erheblich strapazieren. Da ist die Rede von »realitätstauglichen Antworten«, »qualitätvollen sozialen Dienstleistungen«, »aufrichtiger, wohl konstruierter und pragmatischer Politik«, »schädlichem Marktversagen«, »universellem Sicherungsstreben«, »Internationalisierung der Produktion«, »sozialen Mindest-

normen«, »Aufbruchstimmung und einem neuen Unternehmergeist auf allen Ebenen der Gesellschaft«, »wirklicher Partnerschaft bei der Arbeit«, »einem robusten und wettbewerbsfähigen marktwirtschaftlichen Rahmen«, »einwandfreiem Spiel der Marktkräfte«, »fruchtbarem Miteinander von mikroökonomischer Flexibilität und makroökonomischer Stabilität«, »raschem Vordringen des Informationszeitalters«, »angebotsorientierter Arbeitsmarktpolitik der Linken«, »dem Imperativ der sozialen Gerechtigkeit« usw. Ein flüchtiger Blick auf diese Auswahl von formelhaften Wendungen aus dem Papier lässt bereits erkennen, auf welche Konzepte die Autoren besonderen Wert legen, z.B. Markt, Marktwirtschaft, Arbeitsmarkt, Aufbruch, Flexibilität. Nach präzisen Erläuterungen zu den formelhaften Wendungen sucht man in dem Papier jedoch vergebens. Wendungen, die in ihrer Eingängigkeit unmittelbar verständlich erscheinen, wirken bei näherer Betrachtung provokativ verunsichernd in ihrer diskussionslosen und geschichtlich unsensiblen Setzung. Was soll das eigentlich heißen, wenn in dem Papier »wirkliche Partnerschaft bei der Arbeit« eingefordert wird? Der Satz in dem Papier heißt: »Wir möchten wirkliche Partnerschaft bei der Arbeit, indem die Beschäftigten die Chance erhalten, die Früchte des Erfolgs mit den Unternehmern zu teilen.« Also Partnerschaft im Genuss der Früchte? Ist das mit »wirklich« gemeint? Könnte es sein, dass hier einiges aus der Geschichte der Gewerkschaften und aus der Geschichte der Arbeitgeberverbände zwischen den beiden Gegnerpartnern weggedrückt werden soll, sodass die scheinbar harmonisierende Formulierung in dem Papier sowohl bei



Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD)
Mit freundlicher Genehmigung von: SPD, Der Parteivorstand, Referat Produktion/Vertrieb

den Unternehmern wie auch bei den Arbeitern und Angestellten auf Unverständnis stoßen könnte?

Interessant sind die Wendungen, in denen das Attribut »modern« vorkommt. Bereits im Bundestagswahlkampf 1998 hatte das Schlagwort »Modernisierung« eine aufdringliche Rolle gespielt. Gibt das programmatische Papier nähere Auskünfte darüber, was unter Modernisierung zu verstehen ist? Mehrfach ist von »modernen Sozialdemokraten« die Rede. Ein Gegenbegriff wie »altmodische Sozialdemokraten« kommt – natürlich – nicht vor. Aber es wird in auffälliger Weise hervorgehoben, was »moderne Sozialdemokraten« heute zu tun haben; vor allem müssen sie etwas »anerkennen«; zum Beispiel: »Moderne Sozialdemokraten erkennen an, daß Steuerreform und Steuersenkungen unter den richtigen Umständen wesentlich dazu beitragen können, ihre übergeordneten gesellschaftlichen Ziele zu verwirklichen.« Oder: »Moderne Sozialdemokraten erkennen an, daß eine angebotsorientierte Politik eine zentrale und komplementäre Rolle zu spielen hat.« »Übergeordnete gesellschaftliche Ziele«? Da haben wir eben die »sozialen Mindestnormen« und den »Imperativ der sozialen Gerechtigkeit« – ohne nähere Erläuterungen; aber wahrscheinlich wissen »moderne Sozialdemokraten« sowieso, was darunter zu verstehen ist. »Moderne Sozialdemokraten« machen eine »moderne Wirtschaftspolitik«; sie haben »einen modernen Ansatz des Regierens«. Weiter heißt es: »Flexible Märkte sind ein modernes sozialdemokratisches Ziel.« »Modern« ist derjenige, der sich auf je gegebene wirtschaftliche Umstände und Veränderungen einstellen kann. »Flexibilität« ist ein weiteres Allerwelts-Schlüsselwort des Textes. Es charakterisiert das Ziel von Bildung und Ausbildung, sofern Bildungspolitik in dem Papier überhaupt eine Rolle spielt. Ein erhellender Satz ist: »Daher besteht die wichtigste Aufgabe der Modernisierung darin, in Humankapital zu investieren, um sowohl den einzelnen als auch die Unternehmen auf die wissensgestützte Wirtschaft der Zukunft vorzubereiten«. »Humankapital«? Das Wort »Mensch« kommt in dem Papier aber auch noch vor: »Erste Priorität muß die Investition in menschliches und soziales Kapital sein.« Altmodischen Menschen mag ein warmes Gefühl kommen, wenn sie hier immerhin auch den Ausdruck »soziales Kapital« lesen. Sie sollten in dem Papier aber nicht nach Erläuterungen suchen.

Ein besonderer sprachlicher Leckerbissen ist folgende Formulierung im Zusammenhang von Bemerkungen über die Arbeitslosigkeit und die Schwierigkeiten, Arbeit zu

finden: »Moderne Sozialdemokraten wollen das Sicherheitsnetz aus Ansprüchen in ein Sprungbrett in die Eigenverantwortung umwandeln.« Der Ausdruck »Ansprüche« hat in dem Papier einen negativen Beigeschmack; assoziiert wird »Anspruchsdenken«. Gehört es auch zum Anspruchsdenken, wenn jemand, der von seinem Lohn in die Arbeitslosenversicherung einbezahlt hat, in der Notsituation die Gegenleistung verlangt? Der positive Gegenbegriff zu »Ansprüchen« ist »Eigenverantwortung«. Müssen viele nicht einfach darunter verstehen: Hilf dir selbst! Neben den Schlagwörtern die verführerische Bildlichkeit: ein Sicherheitsnetz in ein Sprungbrett umwandeln. Können »moderne Sozialdemokraten« zaubern? Sollen sich die Leser/innen darauf verlassen?

Das Papier ist in seiner Sprache ein Musterbeispiel für die diffus adressierte Programmatik von politischen Parteien, die von Schlagwörtern und formelhaften Wendungen zehrt. Für normale Leser/innen werden die Routineformeln zu Leerformeln, die in ihrer Interpretationsbedürftigkeit eine Zumutung darstellen. Man mag ein gewisses Verständnis dafür haben, dass politische Autoren in einer schwierigen Kommunikationssituation sind, wenn sie für eine Partei werben wollen, ohne irgendeinen »Kunden« abzuschrecken, wenn sie zu möglichst vielen sprechen wollen, ohne sich auf spezifische Adressatenbedürfnisse einstellen zu können, wenn sie Neues und auch Unangenehmes mitteilen wollen, ohne irgendjemanden verletzen zu wollen. Aber: Haben die Angesprochenen nicht auch ein Recht auf Klartext? Wie weit können politische Autoren ihr diffuses Reden und Schreiben treiben, ohne eine Kommunikationsverweigerung zu provozieren? Ein prominenter Sozialdemokrat, Peter Glotz, hat geschrieben, das Schröder/Blair-Papier sei »problembewusst, aber konzeptionsarm und aalglatt«. Das scheint mir geschmeichelt. Problembewusstheit verlangt auch eine klare Sprache, und der Hinweis auf stilistische Glätte verharmlost den Fall. Für jeden, der von einem politischen Programmtext Relevanz, Verständlichkeit und Glaubwürdigkeit erwartet, ist das Schröder/Blair-Papier eine Provokation.

Anmerkungen

¹ Das Schröder/Blair-Papier ist im Internet unter der Adresse <http://www.spd.de/politik/erneuerung/perspektiven/index.htm> zu finden.

Der Autor ist Professor für Germanistische Linguistik an der Universität Trier.